

Amtszeitbegrenzung für Kanzler und Ministerpräsidenten

MIT Kreisverband Fulda unterstützt Vorstoß aus Berlin

FULDA. Der MIT-Kreisverband Fulda unterstützt kraftvoll die Umsetzung des Deutschland-Plans für mehr Freiheit und Verantwortung des MIT-Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann.

MIT-Kreisvorsitzender Jürgen Diener unterstreicht die Erkenntnis, dass die Corona-Pandemie schonungslos die vorhandenen Defizite in Deutschland aufgedeckt hat. Wirtschaft und Bürger fordern eine Antwort auf die brennende Frage, wieso wichtige Weichenstellungen in unserem Lande nicht längst umgesetzt worden sind. „Reformstau und Überregulierung statt Zukunftsperspektiven.“ Eine ehrliche Antwort ist für die Parteien, auch für die CDU nicht leicht, sondern eher schmerzhaft.

Bei der Suche nach den Gründen müssen wir die Strukturen in Frage stellen, die zum Reformstau in Deutschland geführt haben. Wie im Unternehmen, sollten wir auch in der Politik bei der Suche ganz oben anfangen, und zwar im Kanzleramt. Denn auf den Kanzler sind die Strukturen in Partei, Fraktion und Regierung zugeschnitten.

Eine solche kritische Analyse soll nicht die Verdienste von Angela Merkel oder auch von Helmut Kohl in Frage stellen. Beide haben viel geleistet und sind nach 16 Jahren Kanzlerschaft hoch angesehen. Gleichzeitig haben beide jeweils ein Netzwerk geschaffen, das unsere Partei und unser Land lähmt. Es ist klar, dass Kanzler ihre Macht absichern



Fuldas MIT-Kreisvorsitzender Jürgen Diener.

und Vertraute an entscheidenden Positionen in Regierung, Fraktion und Partei platzieren.

Neue Köpfe mit anderen Hintergründen, anderen Erfahrungen und anderen Meinungen haben es so immer schwerer durchzudringen. Die Distanz zur Parteibasis wird dadurch immer größer. Wer sich zu oft mit unbequemen Aussagen zu Wort meldet, wird schnell zum Außenseiter.

Am besten wäre es, wenn in den Parteien nicht auf die Abwahl oder den Rücktritt des Kanzlers gewartet würde, bis offene Richtungs- und Reformdebatten beginnen. So könnten sich neue Kandidaten mit frischen Ideen und kontroversen Positionen für Spitzenposition bewerben und auch die Chance haben, sich durchzusetzen.

Deshalb treten wir für eine im Grundgesetz festgeschriebene Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler und Ministerpräsidenten ein, am besten auf

zwei Wahlperioden. Die Wahlperiode sollte von vier auf fünf Jahre verlängert werden.

Übrigens ist das in der Wirtschaft bei angestellten Top-Managern durch Studien belegt: Ist der Manager zu lange im Amt, leidet der Erfolg. Gründe auch hier: fehlende neue Ideen („schmoren in eigenen Saft“) und eine gewisse „Bunkermentalität“, weil sich Machtstrukturen aus Vertrauten des Chefs verfestigen. Die Probleme beginnen laut der Studie in der Wirtschaft nach acht bis zehn Jahren. Genau diesen Zeitraum würden wir mit einer Amtszeitbegrenzung für Regierungschefs einhalten.

Mit einer Amtszeitbegrenzung kann der Wettbewerb um mögliche Nachfolger früher beginnen. Die potenziellen Nachfolger können sich profilieren, ohne als illoyal zu gelten. Eine neue Dynamik würde die Parteien und das Land beleben. Vor allem täte eine Amtszeitbeschränkung für Kanzler und Ministerpräsidenten unserer Diskussionskultur gut.

Je mehr Politiker ihre Meinung hart in der Sache, aber vernünftig im Ton vortragen, umso mehr Bürger werden diesem Vorbild folgen. Je mehr Politiker sich nicht an den Satzbausteinen des Bundespresseamts, sondern an ihren eigenen Überzeugungen orientieren, umso glaubwürdiger wird die Politik. Je ergebnisoffener wir diskutieren, umso besser werden unsere Entscheidungen. Die Amtszeitbeschränkung ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in diese Richtung.